

market-Umfrage untermauert Forderung „RAUS aus EURATOM“

Die Organisationen, die den Ausstieg Österreichs forcieren, können sich einer breiten Unterstützung in der Bevölkerung sicher sein. Nach der jüngsten repräsentativen österreichweit durchgeführten Meinungsumfrage (siehe S. 2) des Linzer market-Instituts wollen

78% der ÖsterreicherInnen „RAUS aus EURATOM!“ Und zwar soll dieser Ausstieg so schnell wie möglich erfolgen! **81% der Befragten** haben zu den österreichischen Zahlungen an EURATOM eine negative Einstellung!

Fast drei Viertel der Befragten (72%) würden ein Volksbegehren „RAUS aus EURATOM“ unterschreiben. Eine interessante Perspektive für unsere weitere Arbeit!

Wir haben im letzten *atomstopp* nach Ihrer Einstellung zu einem Volksbegehren gefragt.

Volksbegehren als möglicher Weg für den Ausstieg aus EURATOM?

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für die Rückmeldungen!

Die Rückmeldungen im Einzelnen:

„Volle Unterstützung für ein Volksbegehren, weiter so!“ (Telefonat: Rudolf S.)

„Natürlich sind wir für ein Volksbegehren!“ (SMS: Heinrich S.)

„Volksbegehren grundsätzlich ja – Problem derzeit: Kampagne noch zu wenig sichtbar!“ (Telefonat: Alois R.)

„Austritt ist überlegenswert, denn unsere Politiker können unsere Forderungen ohnehin nicht durchsetzen. Warum sollen wir dann noch sinnlos Geld in diesen „Verein“ stecken?“ (Email: Christoph R.)

„Ich finde die Idee absolut super und notwendig!“ (Email: Stefan S.)

„Ob das etwas bringt, weiß ich nicht. Gerade gestern sah ich im Fernsehen eine Umfrage, bei der 41 (!) Prozent für Atomstrom waren (an 1. Stelle vor Öl, Gas, ...).“ (Email: Rudolf S.)

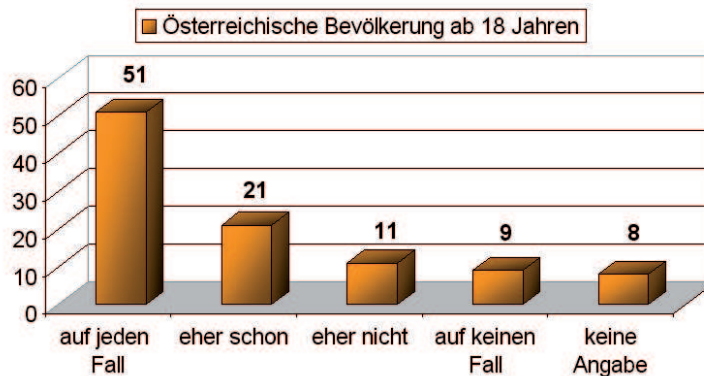
„Ein Volksbegehren - „RAUS aus EURATOM“ finde ich super, aber in Kombination mit der Forderung das Geld für ein Ökostromgesetz nach deutschem Vorbild zu machen und zusätzliche Umsetzung von Energieeffizienz/speziell Strom und einer transparenten Stromkennzeichnung!“ (Email: Gottfried B.)

Politische Unterstützung...

...für die Forderung „Österreich – RAUS aus EURATOM“ gibt es von der Freiheitlichen Partei (FPÖ), den Grünen und dem Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) und von einzelnen Nationalräten der SPÖ und der ÖVP. Bislang gibt es aber keine Mehrheit im Nationalrat für den Ausstieg Österreichs aus EURATOM und auch keine Mehrheit, die im Plenum beschließen könnte, über den Ausstieg Österreichs aus EURATOM eine Volksabstimmung einzuleiten ...

Als mögliche Option bleibt somit der

Würde man ein Volksbegehren in einem Eintragungslokal unterschreiben?



Vor Jahren hätten wir schon aus dem EURATOM-Vertrag aussteigen sollen. Unbedingt ja zur Forderung „Raus aus EURATOM“, freiwerdende Mittel für Alternativenergien verwenden. Ein Volksbegehren muss aber differenziert betrachtet werden: Es ist nur dann das richtige Mittel, wenn die Zustimmung in Österreich zur Forderung sehr breit ist. Und man muss bedenken: Es hat schon Volksbegehren mit sehr vielen Unterstützern gegeben und es hat trotzdem nichts gebracht. Die Frage ist, ob man sich den Arbeitsaufwand antun soll, wenn die Politik mit diesem Instrument der direkten Demokratie sich ja doch nicht zum Handeln bemüssigt fühlt. Volksbegehren haben sich als ziemlich zahnlos erwiesen. Man sollte sich überlegen, welche andere Möglichkeiten es außerdem noch gibt, dass man Österreich aus dem EURATOM-Vertrag herausbringt.“ (Telefonat: Emil H.)

Weg über ein Volksbegehren, in dem wir die Abhaltung einer Volksabstimmung über den Austritt fordern. Ab 100.000 Unterschriften müsste das Volksbegehren im Nationalrat behandelt werden ... und wie SPÖ und ÖVP eine Volksabstimmung argumentativ abschmettern würden, könnte spannend werden.

Wir sondieren jedenfalls weiter und versuchen, eine breite Allianz für ein Volksbegehren aufzubauen und alternativ nach Möglichkeiten zu suchen und mit Aktionismus, Lobbyieren bei unseren PolitikerInnen Stimmung für einen Ausstieg Österreichs aus EURATOM zu machen! Wir sind uns bewusst, dass das Instrument „Volksbegehren“ nicht unumstritten ist – zuviel Hoffnung wurde schon darin gesetzt, ohne dass es wirklich konkrete Auswirkungen gegeben hätte!

30 Jahre Zwentendorf: 10 Thesen für die Energiewende!

Anlässlich des 30. Jahrestages der Zwentendorf-Volksabstimmung wurden von Umweltdachverband, IG Windkraft, Österreichischer Biomasseverband, raymann kraft der sonne, IG Passivhaus, oekonews und atomstopp_oberoesterreich symbolisch 10 Thesen an das Tor des AKW geschlagen.

„Auf dem Weg in eine nachhaltige Energiezukunft müssen wir das fossile Zeitalter hinter uns lassen und die Energiewende einleiten. Bis 2050 soll Energie in Österreich zu 100 % aus Erneuerbaren gewonnen werden. Dafür muss ihr Anteil am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 auf 45 % gesteigert werden“, sagt Ernst Scheiber (Österreichischer Biomasseverband).

„Eine Effizienzrevolution ist notwendig. Die Steigerung der Energieeffizienz kostet nur einen Bruchteil gegenüber der Bereitstellung von Energie aus fossilen und atomaren Energieträgern. Anstatt in neue fos-

sile Gasdampfkraftwerke zu investieren, könnte um ein Viertel des Geldes gleich viel Energie eingespart werden“, so Günter Lang (IG Passivhaus).

Überarbeitung der Ökostromnovelle gefordert

„Um eine zukunftsfähige Energieversorgung zu etablieren und erneuerbaren Energieträgern zum Durchbruch zu verhelfen, ist es notwendig, bessere Förderstrukturen zu schaffen. Bei der Ökostromnovelle besteht diesbezüglich weiterer Handlungsbedarf - die Deckelung der Förderung muss aufgehoben werden“, stellt Rudolf Raymann (raymann kraft der sonne) fest.

„Das Ökostromgesetz ist zwar auch nach der Novelle noch nicht das Gelbe vom Ei, aber es wurden doch viele Unsinnigkeiten der katastrophalen Novelle 2006 beseitigt. Deshalb ist als erster Schritt für einen weiteren Ausbau das In-Kraft-Treten dieser Novelle wichtig. Weiters brauchen wir in Österreich wieder Einspeisetarife auf Europeaniveau.

Nur so können wir das im Ökostromgesetz vorgesehene Ziel von zusätzlich 700 MW erreichen. 1,3 Mrd. Euro an Investitionen würden ausgelöst werden. Das wäre gut für die Umwelt und für die schwächelnde Konjunktur“, bemerkt Stefan Hantsch (IG Windkraft Österreich).

Atomenergie - NEIN!

„Es ist höchste Zeit, der Atomenergie in Europa eine Absage zu erteilen. Österreich muss RAUS aus EURATOM! Wir wollen, dass die Zahlungen an die Europäische Atomgemeinschaft gestoppt werden und die Mittel zur Förderung erneuerbarer Energieträger und zur Steigerung der Energieeffizienz verwendet werden!“, sagt Roland Egger (atomstopp_oberoesterreich).

„Die Einbeziehung externer Kosten von Energieträgern würde die dringend erforderliche Transparenz auf dem Energiemarkt schaffen. Die Mär vom billigen Atomstrom würde damit endgültig der Vergangenheit angehören und es wäre klar, dass fossile Energieträger und Atomstrom durch langfristig verursachte Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschäden nicht länger konkurrenzfähig sind“, meint Doris Holler-Bruckner (Oekonews).

„Österreich war punkto Ablehnung der Atomenergie ein Vorreiter. Dennoch sind 30 Jahre danach die Weichenstellungen für eine erneuerbare, effiziente und nachhaltige Energiewende immer noch nicht erfolgt. Die Zeit ist mehr als reif für eine grundlegende Neuausrichtung der Energiepolitik. Die Ökologisierung des Steuersystems ist die Basis dafür und die notwendige Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft“, appelliert Gerhard Heilingbrunner, Präsident des Umweltdachverbandes, im Rahmen einer Pressekonferenz mit Niederösterreichs Umweltlandesrat Josef Plank.



Josef Plank, Umweltlandesrat (NÖ); Gerhard Heilingbrunner, Präsident Umweltdachverband; Michael Proschek - Hauptmann GF Umweltdachverband; Roland Egger, atomstopp; Stefan Hantsch, IG Windkraft bei der Pressekonferenz in Zwentendorf

